Kölnische Zeitung 12./I.1916.

Ernährungsfragen.

Auf der Tagesordnung steht dann der Bericht des Hauptausschusses über die Fragen der Volksernährung. Dazu liegen etwa 60 Entschließungen und Anträge vor.

Berichterstatter Graf **Westarp:** Die Kommission hat eingehend die Zahlen über die vorhandenen Vorräte geprüft und mit den Bedarfszahlen verglichen. Sie hat gefunden, daß genügend Lebensmittel vorhanden sind, um durchhalten zu können. Auf der andern Seite hat sich die Kommission aber davon überzeugt, daß wir nicht mehr haben als wir brauchen. Zu Friedenspreisen und in Friedensmengen wird die Bevölkerung Lebensmittel nicht zur Verfügung haben. Diese Einschränkung betrifft nicht nur die Verbraucher, sondern auch die Landwirtschaft und die verarbeitenden Gewerbe. Die Gründe hierzu liegen namentlich in dem völkerrechtswidrigen englischen Aushungerungsplan, da England die Mittel hat, uns von der Zufuhr abzuschneiden. Die Verhältnisse liegen aber nicht nur in den feindlichen, sondern auch in vielen neutralen Ländern zum Teil noch ungünstiger als bei uns. Voraussetzung für das Durchhalten für den Sieg ist

Sparsamkeit auf allen Gebieten,

eine verständnisvolle, von gutem Willen getragene Beobachtung aller erlassenen Maßnahmen durch Verbraucher, Erzeuger und den Handel. Die Kommission hat als wichtigste innerpolitische Aufgabe angesehen, daß, getragen von der einmütigen Zustimmung aller Parteien und Stände, entschlossen und rechtzeitig, einheitlich und planvoll alle Maßnahmen getroffen werden, um den Wucher hintanzuhalten, die Vorräte gerecht zu verteilen und auch die minderbemittelten Bevölkerungsklassen zu angemessenen Preisen zu versorgen, um aber auch die Produktion nicht nur im bisherigen Umfange zu erhalten, sondern auch nach Möglichkeit zu fördern und zu verstärken. Die einzelnen Vorschläge hierzu sind in dem Bericht niedergelegt und in einer größern Anzahl von Resolutionen zusammengefaßt, deren Annahme ich Ihnen namens der Kommission empfehle. Die vornehmste Pflicht dieses Hauses und des Ausschusses ist, auf die Massen aufklärend und beruhigend zu wirken, um ihnen nach Möglichkeit die Überzeugung beizubringen, daß auch sie mitwirken müssen, damit wir durchhalten können. Und das deutsche Volk läßt sich nicht aushungern! (Beifall.) In ungebrochener wirtschaftlicher Kraft steht es da, und in ebenso ungebrochener Entschlossenheit, den Krieg, unbeirrt durch irgendwelche wirtschaftlichen Nöte und Besorgnisse, zu einem siegreichen Ende durchzuführen. (Beifall.) Aus Rücksicht auf Ernährungsfragen braucht der Krieg nicht einen Tag eher beendet zu werden, als bis die militärische und politische Lage zu einem vollen Erfolg geführt hat. (Lebhafter Beifall.)

Schmidt (Berlin) (sd.): Bei der Beurteilung der Ernährungsfragen stellen wir die zweckmäßige Organisation der Verteilung voran, ebenso die Bekämpfung der außerordentlichen Preistreibereien. Nach siebzehnmonatigem Durchhalten müßte das Ausland eigentlich eingesehen haben, daß Deutschland nicht wirtschaftlich zusammenbrechen wird. Allerdings sind weitgehende Eingriffe in das Wirtschaftsgetriebe notwendig: 1. ein Verteilungssystem für bestimmte Nahrungsmittel; 2. die Preisbildung ist dem freien Wettbewerb zu entrücken; 3. die Preisfestsetzung darf nur auf die tatsächlichen Erzeugungskosten Rücksicht nehmen; 4. Sicherung gegen Verfälschung von Nahrungsmitteln. Die meisten Regierungsverordnungen kommen

viel zu spät.

Verhältnismäßig zu hohe Höchstpreise sind die Folge. Wenn den Bemühungen stattgegeben würde, die Höchstpreise weiter zu erhöhen, so würde ein Sturm der Entrüstung sich erheben. Warum schützt man uns nicht beizeiten gegen die Auswucherungsbestrebungen? Wie ein düsterer Schatten liegt es auf unserer ernsten Zeit, wie die gewaltigen Kriegsgewinne gemacht werden, und noch aufreizender sind die Bilanzen der großen Erwerbsgesellschaften. In diese ganze Unordnung muß entschieden eingegriffen werden. Man hat sich bei Aufkäufen gegenseitig überboten, um die Preise durch höchste Auslandspreise nach oben zu treiben. Große Händlergruppen suchen künstlich den Markt zu beeinflussen, um der Regierung vor jegliche Festsetzung von Höchstpreisen bange zu machen, die das gesamte Handelskapital nicht haben mag. Der Gegensatz zwischen Proletariat und Besitz ist nirgend so kraß wie auf dem Lande. Besonders verbitternd wirken die Dividendenergebnisse der Zuckerfabriken. An dieser Gewinnanhäufung ist unsere Höchstpreispolitik mit schuld. Wenn die Zuckerleute weitere Erhöhungen fordern, so ist das eine Unverschämtheit schlimmster Art. Mit den Herren von der Landwirtschaft ist eine Verständigung über die Preise ja überhaupt nicht möglich. Daß bei unserer guten Kartoffelernte es noch nicht möglich war, die zur Versorgung des Marktes erforderlichen Mengen bereitzustellen, erklärt sich nur, wenn man künstliche Zurückhaltung annimmt. (Widerspruch rechts.) Da bleibt nichts übrig, als Durchführung der Zwangsabgaben. Die Landräte müssen dafür sorgen, daß die Verteilung zufriedenstellend ist, aber dem Minister des Innern liegt seine Polizeiwirtschaft samt der Sorge um die künftigen Wahlen zu sehr am Herzen, sonst würde die preußische Verwaltung mit ihren guten Organisationen zeigen, was sie kann, und der Bundesratsverordnung Nachdruck verschaffen. In einzelnen Kreisen, mit einer gewaltigen Überschußerzeugung, mußten von auswärts Kartoffeln zugeführt werden. Also hier zeigte sich ein Versagen der Verwaltung in der Kriegswirtschaft. War es nötig, daß die Schweinepreise bis 300 Prozent über das übliche Maß stiegen? Jetzt, wo die Preise herabgesetzt sind, läßt der Auftrieb nach. Da versagt auch die städtische Verwaltung, die direkt unter Ausschaltung des Handels mit den Produzenten hätte in Verbindung treten müssen. In Berlin W. ist kein Mangel an Butter. Wer den Geldbeutel hat, kann sich eben alles beschaffen. Zahlreiche kleine Existenzen sind zugrunde gegangen, aber andere sind durch skrupellose Geschäftsgrundsätze hochgekomemn in Geschäftszweigen, mit denen sie bisher nichts zu tun hatten. Diese Leute fragen den Deubel danach, ob andere zugrunde gehen. In sozialpolitischer Beziehung ist von diesen Emporkömmlingen später nichts zu erwarten. Durch nichts gerechtfertigt sind die hohen Lederpreise. Die hohen Lederdividenden sind eine scharfe Verurteilung der Lederhöchstpreispolitik und der Lederinteressenten, die sicherlich die Regierung falsch unterrichtet haben. Daß es dem Ausland vielfach schlechter geht, entschuldigt uns nicht. Wir müssen prüfen, ob die Preise angemessen sind oder nicht. Das Reichsamt des Innern steht nicht auf der Höhe, es zögert zu oft und zu lange.

Staatssekretär Dr. **Delbrück:** Die Versorgung mit Lebensmitteln zu angemessenen Preisen muß heute, wie vor Monaten im Vordergrunde unseres Strebens und unserer Arbeit stehen. Im August waren eine Reihe neuer Maßnahmen in Vorbereitung. Inzwischen ist ein Teil der Wünsche des Reichstages erfüllt worden. Zum Teil hat uns der Gang der Ereignisse genötigt, andere als die damals erwogenen Wege zu gehen und die Ziele auch weiter zu stecken. Die dem Reichstag überreichten Denkschriften geben darüber ein klares, übersichtliches und systematisches Bild. Die damit im Zusammenhang stehenden Fragen sind in dem verstärkten Haushaltsausschuß eingehend besprochen worden. Ich glaube, feststellen zu können, daß in den Tendenzen, in den letzten Zielen, zwischen allen Parteien und der Regierung völlige Übereinstimmung herrscht. Namentlich darüber sind wir uns vollständig einig, daß in diesen schweren, ernsten Zeiten unter den besondern wirtschaftlichen Verhältnissen, die der Krieg geschaffen hat, die Versorgung des Markts und die Bildung der Preise

nicht dem freien Spiel der Kräfte

überlassen bleiben, sondern, daß wir mit fester Hand eingreifen müssen und vor Härten nicht zurückschrecken dürfen, wenn das Wohl des Ganzen und die Sicherheit des Vaterlandes es erfordern. Eins möchte ich ausdrücklich feststellen, wir werden mit unsern eigenen Erzeugnissen bis zur nächsten Ernte reichen, wenn wir sparsam und haushälterisch mit ihnen umgehen, wenn wir unsere Lebensgewohnheiten den Verhältnissen anpassen, und wenn wir weiterhin mit Erfolg die Verteilung und den Verbrauch zu regulieren in der Lage sind. Das deckt sich auch im wesentlichen mit den Ausführungen des Vorredners. Wenn aber der Vorredner der Meinung gewesen ist, daß die Anordnungen des Bundesrates draußen im Lande, und speziell in Preußen, nicht immer in der gewünschten Weise gewirkt hätten, weil

der preußische Minister des Innern

nach seiner Meinung mir nicht dasjenige Maß von Unterstützung habe zuteil werden lassen, was erforderlich ist, um diese schwierigen und komplizierten Anordnungen durchzuführen, so ist das nicht richtig. Ich stelle ausdrücklich fest, daß der preußische Minister des Innern von Anfang bis zu Ende bestrebt gewesen ist, durch den äußersten in seiner Hand liegenden Druck den Anordnungen des Bundesrats auch die nötige Beachtung draußen im Lande zu verschaffen und daß der preußische Landrat auf diesem Gebiet nicht versagt hat. Wenn hier und da die Anordnungen nicht funktioniert haben, wenn sie falsch verstanden worden sind, wenn man unter Umständen in ihrer Ausführung über das Ziel hinausgegangen ist, so liegt das in der Schwierigkeit der Aufgabe, die den ohnehin schon überlasteten Behörden draußen im Lande gestellt war. So liegt das daran, daß alles das, was wir jetzt tun und was wir jetzt fordern, in vollem Widerspruch steht mit den politischen volkswirtschaftlichen und rechtlichen Anschauungen, die unser Wirtschaftsleben und unser politisches Leben bis zum Ausbruch des Krieges beherrscht haben. Es ist nicht leicht, eine große Verwaltung und ein ganzes Volk unter so schwierigen Verhältnissen in wenigen Monaten zu einem

völligen Umdenken und völligem Umlernen

zu bringen. (Sehr richtig!) Die Aufgaben, die den neugeschaffenen Organisationen gestellt sind und die Aufgaben, die die Behörden zu erfüllen haben, die Pflichten, die durch diese Organisationen jedem einzelnen auferlegt werden, können nur begriffen werden, wenn sich der Einzelne, von der Zentralstelle bis zum Gemeindevorsteher und zum einzelnen Haushalt, in gewissen Grenzen über die Gründe und Zusammenhänge der Fragen klar ist. Die Probleme sind nur zu lösen, die Schwierigkeiten sind nur zu überwinden, die Eingriffe, die wir uns tagtäglich gestatten und die hart genug für den einzelnen und für die Gesamtheit sind, können nur ertragen werden, wenn man draußen im Lande ihre Ursachen und ihren Zweck kennt. Die Schwierigkeiten, mit denen wir zu kämpfen haben, die Knappheit in den notwendigen Lebensmitteln, die Ungleichmäßigkeit ihrer Verteilung haben eine erhebliche Steigerung der Preise allgemein als Begleiterscheinung zur Folge. Das feindliche wie das neutrale Ausland haben mit denselben Schwierigkeiten zu kämpfen. Die Preise gewisser Lebensbedürfnisse sind dort noch höher als bei uns. Ich habe aber auf diese Verhältnisse nicht hingewiesen, um etwa die Mängel unserer Organisationen zu entschuldigen, sondern es kam mir darauf an, daß die Ursachen dieser überall auftretenden ähnlichen Erscheinungen ganz verschieden sind, nicht nur in den einzelnen Ländern, sondern auch im Inlande. Man kann der Schwierigkeiten nur Herr werden, wenn man sich in jedem einzelnen Falle über die Ursachen klar ist. Im Auslande besteht ein freier Markt, die Meere sind offen, die Zufuhr aller Bedürfnisse ist theoretisch frei; trotzdem die gleichen Erscheinungen wie bei uns. Im Inlande ist jede Zufuhr vom Ausland abgeschnitten, die Ernährung und Erhaltung der Bevölkerung ist allein auf das gestellt, was das Land hervorbringt. Dieser Unterschied, die Freiheit der Meere, hat England, Frankreich und Italien nicht vor den Schwierigkeiten bewahrt, aber die Stärke unserer eigenen Produktionen und die Vortrefflichkeit der Organisation unserer inländischen Verhältnisse hat uns stärker gemacht als das Ausland, das scheinbar nach der äußern Kriegslage günstigere Verhältnisse aufzuweisen hat.

Die Leistungen unserer Landwirtschaft,

die technische Vervollkommnung ihres gesamten Betriebes haben sich außerordentlich bewährt. Die Mittel, die wir auf die Hebung und Förderung der Landwirtschaft verwandt haben, sind nicht umsonst ausgegeben worden. (Sehr richtig.) Wenn Sie die Verhältnisse in Frankreich, England und Italien prüfen, so fällt dort eine unzureichende Organisation des Verkehrswesen auf. Wir müssen dankbar anerkennen, daß unser Verkehrswesen ausgezeichnet ist. Wenn wir der größten Schwierigkeiten Herr geworden sind, so verdanken wir das unsern Eisenbahnen. (Beifall.) Wir haben eine Reihe von scharfen Strafbestimmungen erlassen, der den Kriegswucher treffen und ihm vorbeugen sollen. Die Frage der Höchstpreise ist außerordentlich schwierig. Grundsätze sind leicht aufzustellen, aber es ist sehr schwer, die richtigen zu Unterlagen zu beschaffen und zum Beispiel festzustellen, welches der legitime Gewinn ist. Wir haben die

Einrichtung der Preisprüfungsstellen,

die in der Lage und befugt sind, sich über die Verhältnisse im allgemeinen und die jedes einzelnen Gewerbetreibenden zu unterrichten. Es ist eine geschlossene Organisation mit einer zentralen Reichsstelle, die sich bis hinunter in die einzelnen Gemeinden verzweigt. Heute schon bestehen bald tausend örtliche Preisprüfungsstellen, von denen weit über die Hälfte auf Preußen entfallen. Die Reichspreisprüfungsstelle, die in verschiedene Ausschüsse aufgelöst ist, besitzt bereits einen großen statistischen Apparat über die in den einzelnen Preisprüfungsstellen gewonnenen Ergebnisse und kann auf Anfragen Auskünfte erteilen. Demnächst wird durch eine regelmäßig erscheinende Druckschrift allen Preisprüfungsstellen das Ergebnis ihrer Arbeiten zugänglich gemacht. Hier muß der Hebel eingesetzt werden, wenn wir mit den Höchstpreisen erfolgreich arbeiten wollen. Die Pflege dieser Preisprüfungsstellen und ihre Entwicklung zu nutzbringender Tätigkeit möchte ich ihnen ans Herz legen. Soll die Festsetzung von Höchstpreisen von einer zentralen Stelle aus nicht den Handel stören, so muß die gleichmäßige Versorgung der Bevölkerung mit den betreffenden Lebensmitteln gesichert werden. So reihen sich unabwendbar an die Höchstpreisfestsetzungen an: Beschlagnahme, Organisation des Handels, Gliederung der Höchstpreise nach Groß-, Kleinhandels- und Produzenten-Preisen. Dazu tritt manchmal noch die Zentralisation der Aus- oder Einfuhr. Beschlagnahme ist leichter gefordert als durchgeführt. Bei Getreide- und Futtermitteln ist die volle Erfassung der vorhandenen Bestände, die Preis- und Verbrauchsregelung in allen Einzelheiten geregelt. Vielfach hat man gefordert das Beispiel auch bei Kartoffeln nachzuahmen. Bei Getreide ist die Sache viel leichter; es wird nur einmal geerntet, läßt sich leicht aufbewahren und handeln und war ganz der menschlichen Ernährung vorbehalten. Bei den Kartoffeln hätten wir 55 Millionen Tonnen verwalten müssen, von denen nur 15 Millionen Tonnen für die menschliche Ernährung verbraucht wurden. Wir haben zu einer Reihe von Behelfen gegriffen, deren Mangelhaftigkeit vielleicht keinem klarer ist als mir. Bei bestimmten Bedarfsartikeln haben wir ohne Zwangsorganisation die Versorgung der Bevölkerung zentral regeln können, beispielsweise beim Obst, wo die im Frieden bestehende Organisation die Rationierung der vorhandenen Mengen in mustergültiger Weise durchführt. Auch bei der Kohle hatten wir erst mit nur wenigen großen Syndikaten zu tun, die in zwei großen Versorgungsstellen unter Leitung des preußischen Handelsministers zusammengestellt sind. Besonders wichtig ist die genaue Kenntnis der Tragweite der Verordnung über die Versorgungsregelung in der Fassung vom 3. November 19... Wenn der Handel den Bestimmungen nicht genügt, können die Gemeinden unter Ausschuß von Handel und Gewerbe die Versorgung selbst übernehmen. Das ist von einer ganzen Reihe von Gemeinden mit Erfolg getan worden. Bei der Durchführung aller unserer wirtschaftlichen Maßnahmen ist eine

ausgiebige Mitwirkung von Laien, Sachverständigen und Interessenten

vorgesehen. Das Ganze ist schließlich gekrönt durch den Beirat des Reichstags, der mich, beziehungsweise die Regierung, in den Fragen der Nahrungsmittelversorgung beraten soll. Der Beirat ist schon zusammengetreten. Ich lege auf die Durchführung der Bestimmungen über den Beirat deswegen einen ganz besondern Nachdruck, weil ich den Eindruck habe, daß er nicht nur für die Beziehungen zwischen dem Reichstag und dem Bundesrat von Vorteil sein muß, sondern weil ich glaube, daß diese ihre dauernde Mitarbeit für die Aufklärung der Bevölkerung unserer Maßnahmen von größter Bedeutung ist. Die zahlreichen Beiräte, die ich geschaffen habe, sind die einzige Möglichkeit, zwischen Bevölkerung und Behörden das Maß von Kontakt herzustellen, ohne das wir überhaupt nicht unsere Aufgabe lösen können. Sie bilden die einzige Möglichkeit, die Laienkreise aufzuklären über den Stand der Dinge und sie vor Übereiltheiten zurückzuhalten, wie sie sicherlich nicht im allgemeinen Interesse liegen. Ich erwarte, daß die Beteiligung der Bevölkerung an den Beiräten in allen Instanzen dazu beitragen wird, die Kritik auf das richtige Maß zurückzuführen.

Ich scheue die Kritik nicht

und erkenne ihre Berechtigung durchaus an. Ich weiß vielleicht besser als irgendeiner von Ihnen, wie groß die Mängel dessen, was wir geschaffen haben, sind. Ich weiß ganz genau, daß dieses oder jenes Ziel auch auf einem andern Wege hätte erreicht werden können. Aber in einer so schweren Zeit darf die Kritik nur befruchtend und nicht hemmend wirken. Sie darf nicht dahin führen, daß große Teile der Bevölkerung der Mitarbeit an diesen Dingen lediglich deswillen sich entziehen, weil sie glauben, daß die Maßnahmen am falschen Ende oder unrichtig angefaßt sind. Die ganze Bevölkerung muß in diese Organisation hinein mit dem festen Willen, aus ihr herauszuholen, was aus ihnen herausgeholt werden kann. (Sehr richtig!) Die ganze Bevölkerung muß an den Arbeiten, die die Organisationen gestellt sind, sich betätigen, durchglüht von dem Willen zu siegen, der ebenso im Innern wie nach außen allein die Bürgschaft für den Erfolg bildet. (Lebhafter Beifall.)

Dr. **Matzinger** (Ztr.): Die Verhandlungen unseres Hauptausschusses waren getragen von dem Bestreben nach Besserungen und Abhilfe der bestehenden Mißstände. So schwere Eingriffe in das wirtschaftliche Leben des einzelnen sind in einem so ungeheuren Ringen unvermeidlich. Der neugeschaffene Beirat soll das Vertrauen des Volkes zu den Maßnahmen der Regierung stärken: möge ihm das in vollem Maße gelingen! Auch heute gilt noch die alte Fabel des Menenius Agrippa für das wirtschaftliche Wohlergehen eines ganzen Volkes. In diesem Geiste werden wir auch den Sieg über eine Welt haßerfüllter Feinde davontragen. Die Forderungen der Sozialdemokraten gehen viel zu weit und würden die Landwirtschaft schwer schädigen.

Dr. **Böhme** (nl.): Wohl mancher war von banger Sorge erfüllt, ob es möglich sein würde, bei all dem Ungemach und all den Schwierigkeiten, die der Nahrungsmittelversorgung unseres Volkes schon an sich durch den Krieg bereitet worden sind, die nötigen Nahrungsmittel auch aufzubringen, nachdem sozusagen sogar das Wetter gegen uns Stellung genommen hat. Eine Fülle von Schwierigkeiten wäre für unsere Volksernährung bei einigermaßen günstiger Witterung nicht vorhanden gewesen. Aber mancherlei Sorgen für Erzeuger und Verbraucher wären fortgefallen, wenn die Reichsregierung mit ihren Maßnahmen

rascher und entschiedener

gewesen wäre. Wir haben bei den letzten Tagungen des Reichstags auf allen Seiten den Wunsch ausgesprochen, die Reichsregierung möchte enger als bisher mit den einzelnen Berufen, und namentlich dem für Volksernährungsfragen verantwortlichen Paglament, dem Reichstag, Fühlung nehmen. Die Reichsregierung hat dem durch die Einrichtung der Preisprüfungsstellen Rechnung getragen. Die Hoffnungen, die an diese Einrichtungen geknüpft worden sind, haben sich nicht erfüllt. Die Fraktionen des Reichstags waren nur durch zwei Abgeordnete hierbei vertreten. Die Regierung konnte sich bei wichtigen Entscheidungen kein Bild von der Stellungnahme des Reichstags machen. Die Preisprüfungskommissionen haben durch die zahlreichen Sachverständigen aus den verschiedensten Berufskreisen manche wertvolle Anregung erfahren, aber das Bestreben des Reichstags kann nicht und wird niemals sein, im einzelnen Ratschläge zu erteilen. Unser Wunsch mußte sein, der Regierung ein Bild davon zu geben, wie der Reichstag wichtige Fragen geregelt sehen will. Die Regierung darf nicht, wie bei der Kartoffelfrage, auf Grund einseitiger Darstellungen Beschlüsse fassen. Daher ist zu begrüßen, daß der 15er-Ausschuß jetzt ein getreues Spiegelbild der Wünsche des Reichstags gibt. Hoffentlich schenkt die Reichsregierung dieser Vertretung des Reichstags die verdiente Beachtung. Gegenüber andern Einflüssen, die sich geltend machen, muß immer wieder betont werden, daß für wirtschaftliche Fragen der Reichstag entscheidend ist. (Sehr richtig!) An keinem Gebiet ist so viel herumgedoktert worden wie an der Kartoffelversorgung. Nirgend hat eine Verordnung so bald eine andere abgelöst. Wir dürfen nicht wieder zu Zuständen gelangen wie im vorigen Jahre, wo der Anfang zu der Entfremdung von Produzenten und Konsumenten gemacht wurde. Nichts ist jetzt so wichtig, als ein friedliches harmonisches Zusammengehen der einzelnen Stände herbeizuführen. Aber die Konsumenten müssen eingedenk bleiben, daß sie nicht die gleichen Ansprüche auf Qualität und Sorten erheben können wie früher. Vielfach sind Kartoffellieferungen ganz unbesichtigt zurückgewiesen worden. Wenn es vorgekommen sein sollte, daß Kartoffeln zurückgehalten worden sind, so hat auch die Regierung die Mitschuld daran, da sie die Preise durch die Reports gewaltig anschwellen ließ. Da mußte ja der Glaube erweckt werden, es werde auch in diesem Jahre so werden, und töricht wäre der, der verkaufte, wofür er später den dreifachen Preis erhalten könne. Die Reichsregierung muß die Verteilung von

Butter und Fett

regeln, mindestens in Form von Verteilungskarten. Nichts gefährdet den innern Frieden so, als wenn die minderbemittelten Bevölkerungsschichten mit ansehen müssen, wie die Leute, die infolge ihres Geldbeutels alles bezahlen können, sich Butter und Fett reichlich beschaffen können. Die Bevölkerungsschichten, die schwere Arbeit leisten, müssen in erster Linie bei Kraft und Gesundheit erhalten werden. Dazu muß den wohlhabenden Schichten Beschränkung auferlegt werden. Die Einführung von Butter- und Fettkarten kann nicht von den Städten gemacht werden, sondern sie muß vom Reich erfolgen. Die Wünsche des Mühlengewerbes sind auch heute von der Reichsgetreidestelle und den Kommunalverbänden noch nicht genügend berücksichtigt. Die kleinen und mittlern Mühlen wollen gegenüber den Großmühlen nicht benachteiligt werden. Einzelne Ausnahmen in militärischem Interesse kann man wohl dulden, sie dürfen aber nicht zur Regel werden. Warum erhalten wir keine Statistik über die Beschäftigung der verschiedenen Mühlenbetriebe? Dann würde man den Klagen des Müller-Mittelstandes wenigstens im einzelnen nachgehen. Die Schweinemast bietet die einzige Möglichkeit, die Fettversorgung der schwerarbeitenden Bevölkerung zu regeln. Die Höchstpreispolitik der Regierung hat hier falsche Wege eingeschlagen. Allerdings konnte sie sich hierbei auf die Landwirtschaftskammern stützen. Die Schweine sind jetzt vielfach vollkommen vom Markt verschwunden, sie kommen in die Wurstfabriken und gehen dem Massenverbrauch verloren. Die Futtermittelpreise machen eine

rentable Viehzucht fast unmöglich.

Der kleine Mann muß vielfach seine Schweine geradezu durchlügen. (Sehr richtig.) Die kleinen Leute müssen sich die Futtermittel vielfach geradezu vom Munde absparen. Bei der Schweineproduktion muß gerade das Interesse dieser bedrohten Existenzen Berücksichtigung finden. Die Professoren haben in geradezu fahrlässiger Weise eine zuweitgehende Abschlachtung der Schweine empfohlen, weil sie einen falschen Zusammenhang zwischen Schweinemast und Kartoffeln konstruierten. Man darf aber diesen Vorwurf nicht auf alle Professoren verallgemeinern. Die Konserven, namentlich die aus dem Auslande stammenden, müssen scharf kontrolliert werden. Sie sind vielfach völlig ungenießbar. Die Schweinemastverträge der Kommunen sind durchaus zu begrüßen. Die Reichsregierung muß durch eine feste Organisation der Versorgung mit Arbeitskräften der Landwirtschaft entgegenkommen. Sind Kriegsgefangene erst einmal eingearbeitet, soll man sie den Landwirten nicht wieder wegnehmen. Der Gedanke, uns auszuhungern, ist falsch, weil wir in bezug auf das, was wir selber erzeugen, günstiger dastehen als das uns feindliche Ausland. Schon unsere Kartoffelerzeugung würde uns im schlimmsten Falle sichern. Kartoffeln und Schweine allein gewährleisten unser Durchhalten auf dem Gebiet der Nahrungsmittelversorgung. (Lebhafter Beifall.)

Ein Vertagungsantrag wird angenommen.

Mittwoch 2 Uhr Fortsetzung. — Schluß 7 Uhr.